Stadt Hilden

N i e d e r s c h r i f t

über die 35. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am Mittwoch, 19.09.2018 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses (Mittelstraße 40 in 40721 Hilden)

Anwesend waren:

Vorsitz		
Frau Anabela Barata	SPD	
Ratsmitglieder		
Herr Manfred Böhm	SPD	
Herr Kevin Buchner	SPD	bis einschl. TOP 8
Frau Dagmar Hebestreit	SPD	
Frau Anne Kathrin Stroth	SPD	für Herrn Jürgen Scholz
Herr Fred Harry Frenzel	CDU	für Claudia Schlottmann
Herr Christian Gartmann	CDU	
Herr Wolfgang Greve-Tegeler	CDU	
Herr Norbert Schreier	CDU	
Frau Bettina Thimm	CDU	bis TOP 12 tlw.
Frau Susanne Vogel	Bündnis90/Die Grünen	
Herr Friedhelm Burchartz	Allianz für Hilden	für Ernst Kalversberg bis TOP 12 tlw.
Herr Rudolf Joseph	FDP	bis TOP 12 tlw.
Herr Ludger Reffgen	BÜRGERAKTION	
Sachkundige Bürger/innen		
Herr Kevin Schneider	CDU	
Herr Heinz Albers	Bündnis90/Die Grünen	
Herr Klaus Dupke	SPD	für Herrn Claus Cohausz bis TOP 12 tlw.
Beratende Mitglieder gemäß § 58 Abs. 1 GO NRW (nicht stimmberechtigte Fraktionen)		
Herr Ulrich-Joachim Knak	sachkundiger Bürger	
Beiräte		
Herr Hermann Nagel	Behindertenbeirat	nur öffentl. Sitzung
Frau Doris Sieberg	Seniorenbeirat	nur öffentl. Sitzung
Von der Verwaltung		
Herr 1. Beigeordneter Norbert Danscheidt	Stadt Hilden	ab TOP 6.1 vorgez. bis TOP 8
Frau Beigeordnete Rita Hoff	Stadt Hilden	
Frau Birgit Kamer		
Herr Harald Mittmann		bis TOP 5.1
Herr Peter Stuhlträger	Stadt Hilden	
Frau Karin Herzfeld		
Frau Sabine Waiss		
Sonstige		

Herr Olaf Tkotsch V.	Stadtmarketing Hilden e.	nur öffentl. Sitzung

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

1	Befangenheitserklärungen	
2	Anregungen und Beschwerden nach §24 GO	
2.1	Heiligenstraße als Fahrradstraße einrichten	WP 14-20 SV 66/114
3	Anträge	
3.1	Antrag Bündnis 90 / Die Grünen: Prüfung von Straßen, bzw. Straßenabschnitten, hinsichtlich der Einrichtung von Fahrradstraßen	WP 14-20 SV 66/105/1
4	Angelegenheiten des Ordnungsamtes	
4.1	Verkehrssituation in der Fußgängerzone; Antrag der Fraktion Bürgeraktion	WP 14-20 SV 32/027
5	Angelegenheiten des Planungs- und Vermessungsamtes	
5.1	Antrag auf Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes (Vorhaben- und Erschließungsplan) und Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Poststraße	WP 14-20 SV 61/170/1
5.2	Teilnahme der Stadt Hilden an der Kooperation "Zwischen Rhein und Wupper:zusammen - wachsen"; Sachstandsbericht 2018	WP 14-20 SV 61/200
6	Angelegenheiten des Tiefbau- und Grünflächenamtes	
6.1	IHK A 1 Neu "Verbesserung der Verbindung Mittelstraße - Stadtpark / Fritz-Gressard-Platz" - nach TOP 1 vorgezogen	WP 14-20 SV 66/113
7	Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen	
8	Entgegennahme von Anfragen und Anträgen	
8.1	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Anfrage zur Brückenbaustelle AREA 51	

8.2 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Antrag Festsetzung Begrünung Dach/Fassaden im Rahmen von Bebauungsplanverfahren

8.3 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Anfrage Baumpflanzungen und -fällungen im Stadtgebiet

8.4 Fraktion Allianz für Hilden - Antrag Neuorganisation Verkehrsfluss Fußgängerzone

8.5 Fraktion Bürgeraktion - Anfrage zur Entwicklung Parkraumsituation Zelterstraße

8.6 Fraktion Bürgeraktion - Antrag Verkehrsschauen unter Beteiligung des ADAC

8.7 Fraktion Bürgeraktion - Anfrage Personalsituation Tiefbau- und Grünflächenamt

Um 17.30 Uhr wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt mit einer zeitlichen Begrenzung von 30 Minuten.

Eröffnung der Sitzung

Frau Barata eröffnete die Sitzung um 17:00 Uhr. Sie begrüßte die anwesenden Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses, Vertreter des Seniorenbeirates und des Behindertenbeirates, des Stadtmarketing Hilden, die Presse sowie die erschienen Zuhörer und Zuhörerinnen.
Im Anschluss stellte sie die fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Ferner hielt sie fest, dass die Sitzungsunterlagen vollständig zugegangen seien.

Änderungen zur Tagesordnung

Die Vorsitzende informierte die Anwesenden, dass zum TOP 6.1 „IHK A 1 Neu – Verbesserung der Verbindung Mittelstraße – Stadtpark/Fritz-Gressard-Platz“ Herr Wollentarski vom betreuenden Ingenieurbüro die Planung vorstellen werde. Sie regte an, den TOP daher vorzuziehen und nach TOP 1 zu beraten und entscheiden.

Dem stimmte der Stadtentwicklungsausschuss einstimmig zu.

Einwohnerfragestunde

Herr Dieter Donner wies unter Bezugnahme auf die Neuplanung zur Verbesserung der Verbindung Mittelstraße – Stadtpark/Fritz-Gressard-Platz daraufhin, dass die ansässige Pizzeria im Eckbereich Klotzstraße/Mittelstraße von der Linksabbiegespur Benrather Straße über den Fußgängerüberweg und die Bürgersteigfläche zum Geschäftslokal abbiege. Dies gefährde die Fußgänger. Er erkundigte sich, ob bei der anstehenden Maßnahme dieses Problem berücksichtigt und beseitigt werde.
Herr Mittmann antwortete, die Problematik sei nicht unbekannt. Nach Abschluss der Maßnahme werde die Situation beobachtet und wenn erforderlich durch das nachträgliche Einsetzen von Pollern in den gepflasterten Bereich beseitigt.

1 Befangenheitserklärungen

- keine -

2 Anregungen und Beschwerden nach §24 GO

2.1 Heiligenstraße als Fahrradstraße einrichten — WP 14-20 SV 66/114

Aus der Diskussion bleibt festzuhalten, dass die Bürgeranregung positiv aufgenommen wurde, jedoch zunächst nicht umgesetzt werden sollte, da eine Kanal- und Straßenbaumaßnahme geplant ist.

Den Vorschlag von Herrn Albers in 2019 eine Markierung und Beschilderung als Fahrradstraße anzubringen und Erfahrungen zu sammeln, lehnte Herr Mittmann für die Straßenverkehrsbehörde ab. Dies sei aufgrund des derzeitigen Ausbauzustandes der Heiligenstraße zwischen Kirchhofstraße und Südstraße nicht zu verantworten. Durch die sehr schmalen Gehwege weichen bereits jetzt Fußgänger auf die Fahrbahn aus. Mit dem Aufstellen von Schildern und Anbringung von Markierungen sei es nicht getan. Zunächst sei eine Verkehrszählung erforderlich. Eine fundierte Auswertung und Planung sei erforderlich. Auch müssen die Verkehrsteilnehmer über die Regeln zur Benutzung und die Gründe für die Einrichtung einer Fahrradstraße informiert werden, damit eine größtmögliche Akzeptanz erreicht werde.

Während Herr Reffgen eine positive Abstimmung wegen des Fehlens einer Zeitangabe in der Bürgeranregung befürwortete, schlug Herr Buchartz eine Ergänzung dergestalt vor, dass die Maßnahme im Zusammenhang mit der Straßenbaumaßnahme durchgeführt werde.

Die Vorsitzende erklärte, dass eine Änderung der Bürgeranregung nicht zulässig sei und damit kein Raum für die Ergänzung bestehe. Sie schlug vor, die Entscheidung zu vertagen und im Zusammenhang mit der Straßenplanung nach der Kanalbaumaßnahme zu entscheiden.
Dem stimmten die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses zu.

Antragstext:

Es wird die Umwandlung der Heiligenstraße in eine Fahrradstraße angeregt.

Abstimmungsergebnis:
vertagt

3 Anträge

3.1 Antrag Bündnis 90 / Die Grünen: Prüfung von Straßen, bzw. Straßenabschnitten, hinsichtlich der Einrichtung von Fahrradstraßen — WP 14-20 SV 66/105/1

Frau Vogel bedankte sich für die umfangreiche Sitzungsvorlage und beantragte, dass die Verwaltung ein externes Büro mit der Prüfung beauftragen solle.

Herr Buchner erklärte, dieser Antrag werde unterstützt. Die Heiligenstraße solle wieder in den Antrag aufgenommen werden. Die Mittel für die externe Fachplanung sollen 2018 überplanmäßig bereitgestellt werden, damit der Förderantrag 2019 gestellt werden könne.

Herr Schreier sprach sich dafür aus, zunächst mit Luisenstraße, Augustastraße, Hagdornstraße und Hummelster Straße zu beginnen und die entsprechenden Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen. Die Fahrradstraßen werden auch weiterhin von Autofahrern genutzt, was auch künftig zu Problemen führen werde.

Herr Joseph ergänzte, entgegen dem vorliegenden Antrag solle die gesamte Heiligenstraße auf ihre Eignung geprüft werden. Sei eine externe Vergabe nötig?
Herr Mittmann führte aus, die Verkehrszählung müsse durch ein externes Büro übernommen werden, weil der Stadt die geeigneten Messinstrumente nicht zur Verfügung stehen. Die Planung müsse aufgrund der Personalsituation im Tiefbau- und Grünflächenamt extern vergeben werden. Kapazitäten stehen hierfür nicht zur Verfügung.
Mit der externen Vergabe solle gewährleistet werden, dass der Förderantrag 2019 gestellt werden könne, antwortete Herr Mittmann auf eine entsprechende Nachfrage von Herrn Knak.

Herr Reffgen bemängelte, dass ein Beschlussvorschlag der Verwaltung fehle.

Frau Hoff wies daraufhin, dass erst nach positiver Beratung eines Antrages ein Beschlussvorschlag der Verwaltung vorgelegt werde. Sie könne jedoch folgenden Vorschlag unterbreiten:

> Die Verwaltung wird beauftragt für die Straßenzüge ……. die Eignung als Fahrradstraße untersuchen zu lassen (Fachgutachten) und eine Umsetzungsplanung vorzulegen. Die Planung ist dem Ausschuss so rechtzeitig vorzulegen, dass zum 01.06.2019 ein Förderantrag gestellt werden kann.

Frau Vogel stimmte dem Beschlussvorschlag zu und modifizierte den vorliegenden Antrag dergestalt, dass die Heiligenstraße komplett überprüft werden solle. Die Schwanenstraße bleibe weiterhin gestrichen.

Herr Mittmann schätzte auf Nachfrage von Herrn Reffgen die finanziellen Auswirkungen für die „kleine“ Lösung gemäß Vorschlag der CDU-Fraktion auf 10.000 €.

Frau Barata rief zur alternativen Abstimmung über die Prüfung der Straßen gemäß Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen oder der CDU-Fraktion über den von der Verwaltung vorgeschlagenen Beschlussvorschlag auf.

~~**(geänderter) Antragstext:**~~

~~Die Verwaltung prüft abschließend die Eignung folgender Straßen und Straßenabschnitte als Fahrradstraßen und legt dazu eine Umsetzungsplanung vor:~~

~~+ Schulstraße,~~
~~+ Pungshausstraße,~~
~~+ Am Strauch (zwischen Kölner Straße und Erikaweg),~~
~~+ Luisenstraße – Augustastraße – Hagdornstraße – Hummelster Straße,~~
~~+ Am Jägersteig – Am Stadtwald – Schlichterweg,~~
~~+ Bismarckstraße zwischen Hagdornstraße und Berliner Straße~~
~~+ Heiligenstraße zwischen Kolpingstraße und Zufahrt Warrington-Platz~~
~~+ Schwanenstraße~~

~~Hinweis: Die gestrichenen Straßen wurden vom Antragsteller in der Sitzung des STEA am 2.5.2018 aus dem Antrag zurückgezogen.~~

Beschlussvorschlag gemäß Beratung:

Die Verwaltung wird beauftragt für die Straßenzüge

A) modifizierter Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
+ Schulstraße,
+ Pungshausstraße,
+ Am Strauch (zwischen Kölner Straße und Erikaweg),
+ Luisenstraße – Augustastraße – Hagdornstraße – Hummelster Straße,
+ Am Jägersteig – Am Stadtwald – Schlichterweg,
+ Bismarckstraße zwischen Hagdornstraße und Berliner Straße
+ Heiligenstraße

alternativ

B) Antrag der CDU-Fraktion
+ Luisenstraße – Augustastraße – Hagdornstraße – Hummelster Straße,

die Eignung als Fahrradstraße untersuchen zu lassen (Fachgutachten) und eine Umsetzungsplanung vorzulegen. Die Planung ist dem Ausschuss so rechtzeitig vorzulegen, dass zum 01.06.2019 ein Förderantrag gestellt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Alternative A	11 Ja-Stimmen	(SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion Allianz für Hilden, FDP-Fraktion, Fraktion Bürgeraktion)
Alternative B	6 Ja-Stimmen	(CDU-Fraktion)

4 Angelegenheiten des Ordnungsamtes

4.1	Verkehrssituation in der Fußgängerzone; Antrag der Fraktion Bürgeraktion	WP 14-20 SV 32/027

Herr Reffgen begründete nochmals ausführlich warum die Fraktion Bürgeraktion über das Thema beraten wolle. Unter Hinweis auf die moderne Sicherheitstechnik und unter Berücksichtigung der Interessen des Einzelhandels müsse eine geeignete Lösung gefunden werden, den Fahrzeugverkehr in der Mittelstraße zu beschränken. Dies gelinge anderen Städten auch. Er habe daher bereits einen alternativen Beschlussvorschlag an die Fraktionen gesandt.

Herr Buchner erklärte, es finde regelmäßig Kfz-Verkehr durch Taxi, Paketdienste etc. statt. Der Beschlussvorschlag der Verwaltung sei „zu mager“, daher werde der Beschlussvorschlag der Fraktion Bürgeraktion unterstützt. Er schlug weiter vor, Lösungen für die Sperrung der Zufahrten Robert-Gies-Straße und Mühlenstraße vorzulegen. Dreikantpoller können z.B. von den Rettungsdiensten geöffnet werden.

Herr Burchartz kündigte einen Antrag der Fraktion Allianz für Hilden an und bat um Prüfung, ob für die Paketdienste nicht eine Sammelstelle im Bereich des Rathauses eingerichtet werden könne, damit die Empfänger der Lieferungen diese dort in Empfang nehmen können.

Aus der weiteren Diskussion an der sich die Herren Knak, Joseph und Schreier beteiligten kann festgehalten werden, dass eine Reduzierung des Fahrzeugverkehrs in der Mittelstraße gewünscht wurde.

Der Beschlussvorschlag der Fraktion Bürgeraktion wurde von Herrn Reffgen verlesen:

> Die Verwaltung wird beauftragt, in Städten, die in der jüngeren Vergangenheit Maßnahmen ergriffen haben, mit dem Ziel, den Verkehr in ihren Fußgängerzonen wirksam einzuschränken (z.B. Düsseldorf, Langenfeld, Ratingen), zeitgemäße technische Möglichkeiten sowie Erfahrungen abzufragen und dem Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen vorzulegen.

Herr Danscheidt erläuterte den Sachverhalt und die damit verbundenen Schwierigkeiten nochmals aus Sicht der Verwaltung und hielt den Beschlussvorschlag der Fraktion Bürgeraktion für den richtigen Weg den Fahrzeugverkehr in der Fußgängerzone zu reduzieren. Nur dies könne das Ziel sein.

Die Vorsitzende rief über die Abstimmung zu dem modifizierten Beschlussvorschlag der Fraktion Bürgeraktion als 1. Schritt für weitergehende Diskussionen und Festlegungen auf.

~~**Beschlussvorschlag:**~~

~~Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.~~

modifizierter Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Städten, die in der jüngeren Vergangenheit Maßnahmen ergriffen haben, mit dem Ziel, den Verkehr in ihren Fußgängerzonen wirksam einzuschränken (z.B. Düsseldorf, Langenfeld, Ratingen), zeitgemäße technische Möglichkeiten sowie Erfahrungen abzufragen und dem Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

5 Angelegenheiten des Planungs- und Vermessungsamtes

5.1	Antrag auf Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes (Vorhaben- und Erschließungsplan) und Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Poststraße	WP 14-20 SV 61/170/1

Herr Buchner erklärte, die SPD-Fraktion werde dem Aufstellungsbeschluss für den Moment zustimmen, da als neues Angebot die Errichtung von preisgedämpften Wohnraum vorliege. Zusätzlich sei jedoch die Errichtung von Sozialwohnungen erforderlich. Parallel solle jedoch das Bebauungsplanverfahren für den gesamten Bereich vorangetrieben werden.

Frau Thimm lehnte eine positive Beschlussfassung für die CDU-Fraktion ab. Das Konzept überzeuge nicht. Die große Lösung werde gewünscht.

Während sich die Herren Joseph und Knak für eine Zustimmung zum Aufstellungsbeschluss bei paralleler Fortführung des Bebauungsplanverfahrens für den gesamten Bereich aussprachen, lehnte Herr Reffgen die Zustimmung zur Sitzungsvorlage ab. Die Lösung für das gesamte Gebiet sei erforderlich auf der Grundlage des Gestaltungsplanes aus dem Jahr 2010, der im Rahmen der Bürgerbeteiligung Zustimmung gefunden habe. Inwieweit das Angebot preisgedämpften Wohnraum zu errichten auch tatsächlich umgesetzt werde, sei fraglich.

Herr Albers gab zu Bedenken, dass die Durchführung des Umlegungsverfahrens schwierig sei. Bis zum Abschluss seien die Baukosten wieder gestiegen, die sich dann auf die Miethöhe auswirken.

Frau Hoff erläuterte, die Verwaltung stehe dem Antrag positiv gegenüber, weil er sich in das Gesamtkonzept einfüge. Die Mietbindung werde im Durchführungsvertrag festgeschrieben. Derzeit weise der rechtskräftige Bebauungsplan ein Kerngebiet aus. Für die Weiterentwicklung des Quartiers sei die Umsetzung des vorliegenden Bebauungskonzepts ein positives Signal.

Herr Reffgen bemängelte, dass bereits seit 2010 die Umlegung angeordnet sei. Er wies auf eine Zusage an anderer Stelle hin, preisgedämpften Wohnraum zu errichten, die nunmehr zurückgezogen worden sei. Er sehe nicht ein eine „planerische Kröte“ zu schlucken und dies beziehe sich nicht nur auf das Angebot preisgedämpften Wohnraum zu errichten. Mit dem vorgelegten Konzept werde das Gesamtkonzept „über Bord“ geworfen.

Herr Stuhlträger gab eine kurze Zusammenfassung des bisherigen Bebauungsplanverfahrens. Auch im Jahr 2010 habe es Widerstände gegen den Gestaltungsplan gegeben. Nach Anordnung der Umlegung erfolge durch den Umlegungsausschuss eine Prüfung, ob das Umlegungsverfahren eingeleitet werde. Da seinerzeit keine Aussicht auf eine zeitnahe Umsetzung bestand, sei auch das Umlegungsverfahren nicht eingeleitet worden. In den vergangenen Jahren habe es immer wieder Gespräche mit Grundstückseigentümerinnen bzw. Grundstückseigentümern gegeben. An der geschilderten Situation habe sich nicht geändert.
Anhand der Pläne erläuterte Herr Stuhlträger, dass die vorgelegte Planung des Investors nicht wesentlich vom Gestaltungsplan abweiche. Die geplante Bebauung sei massiver, worüber jedoch in weiteren Gesprächen verhandelt werden könne. Hierfür werde zunächst der Planungsauftrag benötigt.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, dem Antrag auf Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes mit gleichzeitiger Änderung des Flächennutzungsplanes zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich beschlossen mit
10 Ja-Stimmen (SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion Allianz für Hilden, FDP-Fraktion)
7 Nein-Stimmen (CDU-Fraktion, Fraktion Bürgeraktion)

5.2	Teilnahme der Stadt Hilden an der Kooperation "Zwischen Rhein und Wupper:zusammen - wachsen"; Sachstandsbericht 2018	WP 14-20 SV 61/200

Nach kurzer Information durch Herrn Stuhlträger rief die Vorsitzende zur Abstimmung auf.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung über den Stand des interkommunalen Kooperations-Projektes „Zwischen Rhein und Wupper: zusammen - wachsen“ zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:
Kenntnis genommen

6 Angelegenheiten des Tiefbau- und Grünflächenamtes

6.1	IHK A 1 Neu "Verbesserung der Verbindung Mittelstraße - Stadtpark / Fritz-Gressard-Platz" - nach TOP 1 vorgezogen	WP 14-20 SV 66/113

Herr Wollentarski vom beauftragten Planungsbüro Brilon, Bondzio, Weiser erläuterte die Planung anhand einer Power-Point Präsentation (als Anlage beigefügt). Er beantwortete die Fragen der Anwesenden bzw. erläuterte nochmals die Planung zu den angesprochenen Punkten:

- Feuerwehrbewegungsfläche
- Erneuerung der Fahrbahn
- Busspuren
- taktile Elemente
- Ampelschaltung
- Verlängerung Linksabbiegespur.

Herr Albers erkundigte sich, ob ein Verkehrskonzept für die Zeit des Umbaus erstellt werde. Dies wurde von Herrn Mittmann bestätigt. Weiter ergänzte er, dass die Planung mit dem Straßen NRW als Straßenbaulastträger der Klotzstraße und Benrather Straße (L404) abgestimmt sei.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, das Projekt A 1 neu „Verbesserung der Verbindung Mittelstraße - Stadtpark / Fritz-Gressard-Platz“ als Teil des fortgeschriebenen Integrierten Hand-

lungskonzeptes (IHK) auf Basis der vorgelegten Entwurfsplanung umzusetzen.

Der Ausführungsbeschluss steht unter dem Vorbehalt der Förderung des Projektes. Der für die Baufinanzmittel bestehende HV6 wird mit Zugang des Förderbescheides aufgehoben und das Projektbudget wird auf 692.000 € erhöht.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

7 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

- keine -

8 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

8.1 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Anfrage zur Brückenbaustelle AREA 51

Frau Vogel stellte nachfolgende Anfrage.

Bitte teilen Sie im kommenden Haupt- und Finanzausschuss am 26.09.2018 mit, wann die Baustelle im Zusammenhang mit der Brücke zur AREA 51 abgeschlossen sein wird.

1. Wann wird die Brücke wieder nutzbar sein?
2. Wird während der Bauphase eine Umleitung angezeigt?

8.2 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Antrag Festsetzung Begrünung Dach/Fassaden im Rahmen von Bebauungsplanverfahren

Herr Albers reichte folgenden Antrag ein:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Hilden stellt folgenden Antrag:

Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen werden grundsätzlich Anteile für Dach- und/oder Fassadenbegrünung festgesetzt.

Begründung:
In Hilden wird die Anzahl der Hitzetage aufgrund des Klimawandels weiter zunehmen. Die damit verbundene Gesundheitsgefährdung der Bevölkerung kann durch verbindliche Festsetzung von begrünten Dächern und Fassaden in Bebauungsplänen nach § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB nachhaltig verringert werden.
So verbessern begrünte Dächer und Fassaden das Kleinklima, indem sie z.B. in heißen Sommern

zur Luftkühlung beitragen. Darüber hinaus reduzieren sie durch ihre filternde Wirkung die Schadstoffbelastung der Luft.
Nicht zuletzt haben begrünte Dächer und Fassaden auch eine optisch ansprechende Wirkung. Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen sollten daher grundsätzlich Anteile für Dach und/oder Fassadenbegrünung festgesetzt werden.

8.3 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Anfrage Baumpflanzungen und -fällungen im Stadtgebiet

Herr Albers reichte folgende Anfrage ein:

Sehr geehrte Frau Alkenings,

wir bitten Sie um die Beantwortung folgender Fragen zu Baumpflanzungen und –fällungen im Stadtgebiet (außerhalb des Stadtwaldes):

1. Wie viele Bäume in Zuständigkeit der Stadt wurden im Jahr 2017 gefällt? Wie viele Bäume wurden im gleichen Zeitraum nachgepflanzt?

2. Wie viele städt. Bäume wurden als Folge des Sturms Friederike (18.01.2018) in Hilden gefällt bzw. entsorgt? Wie sieht dazu der Zeitplan und Umfang der Nachpflanzungen aus?

3. Wir bei Pflanzungen von Bäumen grundsätzlich darauf geachtet, dass sie den Erfordernissen des Klimawandels entsprechen? (ausreichend schattenspendend, geeignet für häufigere Hitze- und Trockenperioden, Standfestigkeit bei Stürmen, etc.)

8.4 Fraktion Allianz für Hilden - Antrag Neuorganisation Verkehrsfluss Fußgängerzone

Herr Burchartz stellte den nachfolgenden Antrag.

Die Allianz für Hilden beantragt den „Verkehrsfluss“ durch die Fußgängerzone neu zu organisieren, mit dem Ziel die Verkehrsbelastung auf das maximal erforderliche Niveau zu senken und die Sicherheit für Fußgänger zu erhöhen. Ein entsprechendes Konzept ist dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.

Begründung:
Auf der einen Seite führen wir in Hilden Diskussionen über die Einrichtung neuer Fahrradstraßen, auf der anderen schreiben wird den unbefriedigenden Status Quo für unsere Fußgängerzone fest. Die Möglichkeit zur Nutzung durch den Kraftfahrverkehr sollte so gestaltet werden, dass eine Nutzung „unattraktiver“ wird und in der Folge wirklich nur noch erfolgt, wenn sie unumgehbar ist. Das fängt beispielsweise damit an, dass die Wegstrecken in der Fußgängerzone nur in jeweils eine Richtung befahren werden dürfen. So wird den Erfordernissen für Ladeverkehr und sonstige Sonderversorgungen Rechnung getragen und trotzdem die Gefährdung durch verdichtenden Gegenverkehr reduziert. An- und Abfahrt wären so zu regeln, dass durch die Verkehrsführung Umwege in Kauf zu nehmen sind, die andere Zugangsarten wieder attraktiver erscheinen lassen. Dabei soll der Phantasie der Verwaltung keine Grenze gesetzt werden.

8.5 Fraktion Bürgeraktion - Anfrage zur Entwicklung Parkraumsituation Zelterstraße

Herr Reffgen stellte folgende Anfrage:

Zur Entwicklung der Parkraumsituation in der Zelterstraße

Bei Anliegern der Zelterstraße und dem näheren Umfeld wird aktuell die Entwicklung der Parkraumsituation diskutiert. Auslösend ist ein stetig steigender Parkdruck, dem in der Vergangenheit bereits durch Anordnung von Schrägparkplätzen entlang der östlichen Seite der Zelterstraße begegnet wurde. Diese Lösung ist zwar immer noch weit davon entfernt, ausreichend zu sein, aber immerhin ein Versuch, der Parkraumnot begrenzt Abhilfe zu schaffen.

Jetzt bekommt die Diskussion durch das Bauvorhaben der LEG neuen Treibstoff. Viele Anwohner haben Sorge, dass durch den Bau der drei Geschossbauten mit 38 Wohnungen sogar Parkplätze wegfallen könnten, von dem zusätzlichen Parkdruck durch neue Bewohner ganz zu schweigen.

Daher fragen wir die Verwaltung:

1. Gibt es ein Parkraum-Konzept, das im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben steht? Wenn ja, wie sieht das Konzept aus?
2. Bleiben die zur Zeit 27 PKW-Parkplätze beiderseits des südlichen Abschnitts der Zelterstraße (zwischen Beethoven- und Händelstraße) erhalten?
3. Welche Alternativen gibt es ggf. zur Unterbringung des ruhenden Verkehrs?

8.6 Fraktion Bürgeraktion - Antrag Verkehrsschauen unter Beteiligung des ADAC

Herr Reffgen stellte folgenden Antrag

Verkehrsschauen unter Beteiligung des ADAC

Unter Verkehrssicherheitsaspekten wird von Zeit zu Zeit die Verkehrsbeschilderung im Stadtgebiet überprüft. Diese sog. Verkehrsschauen finden unter Beteiligung der Polizei und Straßenverkehrsbehörden statt. Aufgabe dieser Verkehrsschauen ist es u.a., den bisweilen vorhandenen „Schilderwald“ zu durchforsten und auf seine Sinnhaftigkeit zu prüfen. Dabei geht es auch darum, überflüssige Schilder, die den Verkehrsteilnehmern den Blick auf das Wesentliche verstellen, zu entfernen.

In diesem Zusammenhang stellen wird folgenden Antrag:

> Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Durchführung von sog. Verkehrsschauen darauf hinzuwirken, das kostenlose Angebot des ADAC zu nutzen und einen Verkehrsreferenten des Automobil-Clubs an der Begehung zu beteiligen.

Begründung:
Der ADAC bietet Kommunen an, einen Verkehrsreferenten des Automobilclubs an der Begehung zu beteiligen. Das Angebot ist kostenlos. Der ADAC versteht es als Beitrag zur Verbesserung der Verkehrssicherheit. In anderen Städten wird dieses Angebot bereits wahrgenommen. Der Einsatz hat sich bewährt.
Gelegentlich einer beispielhaften Spontanaktion auf Initiative einer Tageszeitung hatte der ADAC kürzlich in Hilden Stichproben durchgeführt. Dabei kamen in nur kurzer Zeit 15 Schilder zusammen, die verzichtbar wären.

8.7 Fraktion Bürgeraktion - Anfrage Personalsituation Tiefbau- und Grünflächenamt

Herr Reffgen erkundigte sich bei Frau Hoff zu der Aussage im Bericht der Rheinischen Post über die Umsetzung des IHK im Zusammenhang mit der Personalsituation im Tiefbau- und Grünflächenamt: „Wir können nicht mehr alle Wünsche der Politik erfüllen“.

Frau Hoff erläuterte, die derzeitige Personalsituation im Tiefbau- und Grünflächenamt (seit Jahren unbesetzte Stellen, langfristige Erkrankungen) zwinge dazu, genau zu prüfen, welche Maßnahmen durchgeführt werden können. Man müsse sich auf das wesentliche konzentrieren und Prioritäten setzten. Auch müsse der Druck auf die verbliebenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter berücksichtigt werden. Wie allgemein bekannt, sei die Situation auf dem Arbeitsmarkt derzeit sehr schlecht für die Neubesetzung der Ingenieurstellen. Es werden daher zukünftig mehr Fremdvergaben erfolgen müssen.

Herr Reffgen fragte nach, ob derzeit konkrete Wünsche nicht bearbeitet werden können. Dies wurde von Frau Hoff verneint.

Ende der Sitzung: 19:40 Uhr

Anabela Barata / Datum
Vorsitzende

Birgit Kamer / Datum
Schriftführer/in

Gesehen:

Birgit Alkenings / Datum
Bürgermeisterin

Rita Hoff / Datum
Beigeordnete